

ARBEITSVERMITTLUNG

Mehr Verantwortung für Kommunen

Bei der Betreuung und Vermittlung von Arbeitssuchenden können die Städte und Gemeinden in Deutschland künftig eigenständiger handeln. Durch eine Grundgesetzänderung ermöglichte der Bundestag eine Ausweitung der kommunalen Verantwortung in der Jobvermittlung. Damit erhalten Arbeitslose in Jobcentern weiterhin eine auf die regionalen Bedürfnisse zugeschnittene Beratung.

Erfolgsmodell ‚Optionskommune‘ ausgeweitet

Durch die Grundgesetzänderung legten die Abgeordneten die Grundlage für eine Ausweitung des Modells der ‚Optionskommune‘. Dabei handelt es sich um eine Form der Arbeitslosenbetreuung, in der die Städte und Landkreise unabhängig handeln können. Der große Vorteil des Modells: Mit ihrer besseren Kenntnis der regionalen Gegebenheiten können die Kommunen vor Ort eine effizientere Betreuung und Vermittlung von Langzeitarbeitslosen gewährleisten. Die christlich-liberale Koalition stellt das bereits erprobte Modell der ‚Optionskommune‘ auf ein solides Fundament, nachdem das Bundesverfassungsgericht die Art der Umsetzung unter Rot-Grün für verfassungswidrig erklärt hatte.

Handwerkliche Fehler von Rot-Grün mussten ausgebügelt werden

Durch die Verfassungsänderung ist die Vermittlung und Betreuung von Arbeitssuchenden aus einer Hand weiterhin gewährleistet. Damit festigt die christlich-liberale Regierungskoalition die Position der Kommunen und schafft Klarheit und Sicherheit für die betroffenen Langzeitarbeitslosen und ihre Familien. In der Vorbereitung der Verfassungsänderung stellte die christlich-liberale Bundesregierung Führungsstärke unter Beweis, indem sie die Zustimmung der SPD zu dieser Initiative sicherstellte. Änderungen des Grundgesetzes müssen von zwei Dritteln der Abgeordneten beschlossen werden. Obwohl sich die SPD gegen das Modell der ‚Optionskommune‘ ausspricht, konnte die christlich-liberale Regierungskoalition durchsetzen, dass die Zahl der Kommunen, die ihre Langzeitarbeitslosen alleinverantwortlich betreuen, sogar von 69 auf 110 steigen kann.

CSU-Landesgruppe setzt sich für starke Kommunen ein

Im Vorfeld der Grundgesetzänderung setzte sich die CSU-Landesgruppe mit Nachdruck für eine Ausweitung der Spielräume für die Kommunen ein. Das bisher auf sechs Jahre befristete Modell der ‚Optionskommune‘ gilt nun unbefristet. Durch die Ausweitung des Modells werden künftig ein Viertel aller Städte und Landkreise in Deutschland diesen Weg einschlagen können. In diesen Fällen können die Kommunen auf örtliche Bedingungen abgestimmte Hilfe leisten, während der Bund die Kosten für das ausgezahlte Arbeitslosengeld und die dafür notwendige Verwaltung übernimmt.

EINKOMMENSVERTEILUNG

Forscher reden Mittelschicht schlecht

Anfang der Woche sorgte das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) mit einer Studie zur wirtschaftlichen Situation der Mittelschicht für Aufsehen. Doch die schlechten Ergebnisse waren größtenteils bereits in der Methodik der Studie grundgelegt. Führende Wissenschaftler warnen daher vor Panikmache.

DIW rechnet die Deutschen absichtlich arm

So kritisierte der Vorsitzende des Sachverständigenrats Professor Dr. Wolfgang Franz, dass das herangezogene Armutsmaß untauglich sei. Unter Verwendung dieses relativen Maßstabs bliebe die Armutsquote etwa selbst dann konstant, wenn sich sämtliche Einkommen verdoppelten. Andererseits steige die Armutsquote, wenn Bill Gates mit seinem Vermögen nach Deutschland ziehen würde.

Nach den Berechnungen des DIW gehören 60 Prozent der Deutschen zur Mittelschicht. Darunter fallen für das Institut die Angehörigen von Haushalten mit einem Nettoeinkommen zwischen 860 und 1.844 Euro pro Monat. Alarm schlägt das DIW aber nicht mit Verweis auf eine konkrete Verschlechterung der Situation der Mittelschicht. Die Forscher bemängeln vielmehr, dass die Zahl der als reich eingestufteten Deutschen gestiegen sei – denn dadurch verändert sich die Berechnungsgrundlage für ihre Statistik wie im Falle der hypothetischen Einwanderung des Computer-Millionärs Gates.

Christlich-liberale Arbeitsmarktpolitik sorgt für soziale Sicherheit

Nach dem Gesellschaftswissenschaftler Professor Dr. Meinhard Miegel kann von einem Abstieg des Mittelstands jedoch keine Rede sein. Die Einkommenssituation in bestimmten Einkommensklassen verändere vielmehr der gesellschaftliche Wandel. Die zunehmende Zahl von Alleinerziehenden senke das durchschnittliche Haushaltseinkommen; statistisch steige damit das Armutsrisiko. Einen ähnlichen Effekt habe der steigende Anteil von Migranten an der Bevölkerung. Der an diesem Donnerstag vorgestellte Bildungsbericht von Bund und Ländern stützt diese These: Über 30 Prozent aller jungen Menschen mit Migrationshintergrund in Deutschland haben keinen Berufsabschluss.

Letztendlich widerlegen die Forscher vom DIW ihre These sogar selbst: Wie sie in ihrer Studie einräumen, sind die Einkommensunterschiede in Deutschland kaum gestiegen. Diese Beobachtung deckt sich mit den positiven Nachrichten vom Arbeitsmarkt: Trotz der größten Wirtschaftskrise seit drei Generationen hat es selbst im größten Krisenjahr 2009 dank des Jobwunders kein weiteres Auseinanderdriften der Einkommen gegeben. Für das laufende Jahr prognostiziert die DIHK sogar ein Wirtschaftswachstum von 2,3 Prozent, was ein weiteres Absinken der Arbeitslosigkeit mit sich brächte. Dies würde die Einkommensentwicklung der Klein- und Mittelverdiener zusätzlich positiv beeinflussen.